

Autor: ROLAND ENGLISCH
Seite: 2

Ressort: Politik
Ausgabe: Hauptaussgabe

Nur schnell im Verkünden

Coronamanahmen Die Opposition kritisiert den Beschluss der Regierung als unzureichend.

MÜNCHEN – Ab und an schlägt auch in der Corona-Pandemie die Stunde der Opposition. Dann stellt sich der Ministerpräsident vor den Landtag, erklärt die neuesten Schritte seiner Regierung. Und lässt ansonsten kommentarlos die Reaktionen der Opposition über sich ergehen. Diesmal schweigt Söder. Es ist an Gesundheitsminister Klaus Holetschek, dass er den Regierungskurs verteidigt. Holetschek wirbt noch einmal für die Linie, verteidigt die vorsichtigen Lockerungen, verweist auf die hohe, wenn auch sinkende Zahl der Neuinfektionen. Bayern steht derzeit im Bund auf Platz sieben. Ein gutes Zeichen, findet Holetschek.

Die Opposition findet das nicht. Dass sich der Freistaat mit dem Durchschnitt zufrieden gibt, verwundert ihre Redner. Doch für die grüne Fraktionschefin Katharina Schulze passt es durchaus ins Bild. „Im Verkünden“, sagt sie, „ist die Regierung schnell, im Umsetzen viel zu langsam.“ Für Schulze ist es ein kommunikatives Desaster, das das Land durchlebt. Auch wenn die Regierung „inhaltslos nichts Neues“ verkündet habe, wisse niemand mehr, „was wann wie zu tun ist“.

Martin Hagen schlägt in eine ähnliche Kerbe. Der FDP-Fraktionschef ist ein scharfer Kritiker der Corona-Regeln. Ginge es nach ihm, Handel, Gastronomie und Kultur wären längst geöffnet. Auch jetzt argumentiert er ähnlich. Seit dem so genannten November-Lockdown,

seit 185 Tagen, seien Lokale und Läden geschlossen, sagt er. „Das ist der längste November in der Menschheitsgeschichte.“ Und dass die Schulen für viele Schüler seit Weihnachten unerreichbar sind, nennt er „die längsten Weihnachtsferien aller Zeiten“.

Für den FDP-Politiker hat sich die Regierung „komplett von der Lebenswirklichkeit der Menschen abgekoppelt“. Hagen spricht von „weltfremden Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren“. Die Regierung habe „den Ausnahme- zum Dauerzustand gemacht“. Die Quittung bekomme die CSU in den Umfragen, die sie derzeit mit minus zehn Prozent führen. Immerhin, die geplanten Lockerungen nennt Hagen „einen Schritt in die richtige Richtung“, wenn auch „beileibe kein großer Wurf“.

Die SPD ist konstruktiver. Auch Ruth Waldmann kritisiert, natürlich, was CSU und Freie Wähler im Kabinett beschlossen haben. Söder sehe die Bundesnotbremse offenkundig „als Bauchladen, aus dem man sich nehmen kann, was man gerade braucht.“ Sie erinnert daran, dass die Freien Wähler in Karlsruhe gegen die Ausgangssperren klagten. Und gleichzeitig den bayerischen Weg mittragen, der nach 22 Uhr keine Ausnahme zulässt. „Die klagen, weil ihnen das eine zu streng ist, das andere nehmen sie nicht, weil es zu locker ist.“

Doch die SPD will den Blick auf eine andere Gruppe richten, auf die jungen Menschen. „Es brennt bei den Jugendli-

chen“, sagt Gesundheitsexpertin Ruth Waldmann. „Und wir müssen dieses Feuer löschen.“ In der Gruppe der bis 19-Jährigen explodieren die Inzidenzzahlen, sie liegen teils bei 500 und mehr. Waldmann fordert „eine Sonderimpfkampagne für junge Menschen“. Alle ab 16 Jahren müssten das Angebot bekommen, schließlich stehen viele vor wichtigen Abschlussprüfungen.

Durchsetzen kann sich die SPD mit der Idee allerdings nicht. Und es zeigt sich wieder einmal, dass das Parlament längst nicht mehr so geschlossen ist wie am Beginn der Pandemie. CSU, Freie Wähler, FDP und AfD lehnen den SPD-Antrag ab, die Grünen enthalten sich. Die FDP wiederum scheidet mit ihrem Wunsch, dass für die Menschen wenigstens im Freien mehr Rechte gelten.

Die Grünen können sich nicht mit ihrem Vorschlag durchsetzen, dass in Bayern weiter nach Priorisierung geimpft werden soll, bis Juni und nicht, wie von der Regierung geplant, nur noch einige Tage. Die AfD schließlich geht unter mit ihrem Antrag, der Sonderrechte für Geimpfte ablehnt und das Ende der Coronamaßnahmen für alle fordert. Dafür stimmt diesmal die SPD mit CSU und Freien Wählern, die in ihrem Antrag noch einmal alle Maßnahmen aufgelistet haben, die das Kabinett bereits verabschiedet hat. Der Beschluss ist reine Kosmetik. Der Landtag hat kein Mitbestimmungsrecht.

Urheberinformation: © 2021 NÜRNBERGER NACHRICHTEN